Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5939**

15. Wahlperiode 28. 07. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4430 –

Das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union unbürokratisch und effektiv gestalten

A. Problem

Für die Antragsteller zeigt die Analyse der Umsetzung des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms (6. EU-FRP) Schwächen und Inkonsistenzen auf, die den derzeitigen Erfolg und die Wirksamkeit europäischer Forschungsförderung mindern. Diese dürften keinesfalls im 7. Forschungsrahmenprogramm fortgeschrieben werden. Neben der Generaldirektion Forschung sind aktuell vor allem die Generaldirektionen Transport und Energie sowie Informationsgesellschaft und Unternehmen für die Ausgestaltung und Durchführung des Europäischen Forschungsrahmenprogramms zuständig. In der Einführungsphase des 6. EU-FRP habe es zwischen den beteiligten Generaldirektionen keine klare Kommunikation und Koordination gegeben. Das habe bei den Antragstellern zu Missverständnissen und Unsicherheiten geführt. Es bestehe die Gefahr einer Zersplitterung der Forschungsaktivitäten innerhalb der EU. Das gelte insbesondere für die Erarbeitung und Implementierung übergreifender Strukturen und Themen sowie für die Durchführung der Ausschreibungen, Evaluationen und dem administrativen Umgang mit den einzelnen Forschungsprojekten. Die Etablierung eines permanenten, ressortübergreifenden Prozesses der Abstimmung und der Kommunikation zwischen den beteiligten Generaldirektionen sei dringend geboten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/4430.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/4430 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper Vorsitzende	**Andrea Wicklein** Berichterstatterin	**Helge Braun** Berichterstatter
	Hans-Josef Fell Berichterstatter	**Hellmut Königshaus** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein, Helge Braun, Hans-Josef Fell und Hellmut Königshaus

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/4430 in seiner 157. Sitzung am 17. Februar 2005 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller gehen von der Einigung des EU-Gipfels von Lissabon im März 2000 auf das Ziel aus, die Europäische Union bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Des Weiteren weisen sie darauf hin, dass die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zu den Finanziellen Perspektiven der EU (2007 bis 2013) das Ziel formuliert habe, die europäischen Forschungsanstrengungen zu verdoppeln. Keinesfalls dürfe die Mittelerhöhung innerhalb der EU dazu führen, dass nationale Forschungsanstrengungen reduziert und mit geringeren finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Darüber hinaus zeige die Analyse der Umsetzung des 6. EU-FRP Schwächen und Inkonsistenzen auf, die den derzeitigen Erfolg und die Wirksamkeit europäischer Forschungsförderung mindern. Diese dürften keinesfalls im 7. Forschungsrahmenprogramm fortgeschrieben werden. Nur wenn sich das 7. EU-FRP durch eine hohe Zielschärfe und fachliche Exzellenz, gepaart mit einer breiten Akzeptanz bei den beteiligten Wissenschaftseinrichtungen, Hochschulen, Wirtschafts- und Industrieunternehmen, auszeichne, werde es entscheidend zur Umsetzung der Lissabon- und Barcelona-Ziele beitragen können. Die Europäische Union könne ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen, wenn Forschung und Entwicklung zu einer starken Säule ihrer Politik würden.

Das 6. EU-FRP basiere auf einer heterogenen Mischung von Grundlagenforschung, anwendungsnaher und angewandter Forschung und Entwicklung. Während das Thema Lebenswissenschaften stark grundlagenorientiert sei, seien die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Luft- und Raumfahrt überwiegend anwendungsorientiert ausgerichtet. Diese Aufteilung sei politisch und strategisch nicht sinnvoll. Alle thematischen Schwerpunkte im 7. EU-FRP müssten daher sowohl Projekte im Bereich der Grundlagenforschung als auch der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung ermöglichen. Auf keinen Fall dürfe die Grundlagenforschung in bestimmten Themenbereichen von vornherein ausgeschlossen werden. In diesem Prozess müssten auch die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Themenauswahl ausreichend Berücksichtigung finden.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung zur Umsetzung eines 21 Punkte umfassenden Handlungskatalogs aufgefordert. Dieser Katalog umfasst zunächst Aspekte der Forschungsstruktur der EU, stellt thematische Schwerpunkte der Forschungsförderung dar und unterstreicht schließlich die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) an den Maßnahmen des 7. EU-FRP.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden **Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** sowie **für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der CDU/CSU, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 15. Juni 2005 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/4430 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird der Forderung an die Bundesregierung zugestimmt, im Rahmen ihrer Verhandlungen zur Agenda 2007 darauf hinzuwirken, dass die Ausgabenstruktur der EU reformiert werde.

Viele der neuen Aufgaben, die sich aus der Erweiterung der EU neu stellen, ließen sich ohne erhebliche zusätzliche Mittel finanzieren. Durch Umschichtungen innerhalb der EU-Haushalte könnten die bestehenden Entwicklungsunterschiede im Bereich der Forschung und Entwicklung in der erweiterten Union ausgeglichen werden. Die Fraktion bemühe sich darum, dass dies nicht durch höhere Beiträge der Mitgliedsländer geschehe, sondern durch neue Prioritätensetzungen und einen effizienteren Mitteleinsatz innerhalb der Forschungsprogramme und des EU-Haushaltes. In diesem Zusammenhang müssten auch intelligentere Lösungen innerhalb des Agrarhaushaltes der EU entwickelt werden, die dazu führen, Mittel für Forschung und Entwicklung freizumachen. Genau in diese Richtung agiere die Bundesregierung gegenwärtig durch intensive Verhandlungen und Gespräche mit den Mitgliedsländern.

Vor dem Hintergrund der unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen beim Europäischen Rat sollte aber mit Forderungen, wie sie gerade in Nummer 3 des Antrags enthalten seien, sehr sensibel umgegangen werden. Zwar sei die Forderung, in der Agrarpolitik eine Kofinanzierung einzuführen,

ein wünschenswerter Ansatz, aber angesichts der aktuellen Verhandlungen sollte man die Verhandlungsposition der Bundesregierung durch solche Festlegungen nicht erschweren.

Für die SPD-Fraktion sei klar, dass es im Grundsatz eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten mit den Positionen der Fraktion der FDP zum 7. EU-FRP, wie sie im Antrag enthalten seien, gebe. Die Bundesregierung habe bereits am 26. November 2004 ihre Position dargestellt, nach der Exzellenz als zentrales Auswahlkriterium für die Förderung gelten solle. Klar seien auch die Auffassungen zum Bürokratieabbau, zur Vereinfachung der Antragstellung und der Abrechnungsmodalitäten sowie zur besseren Einbeziehung der kleinen und mittleren Unternehmen, damit diese zukünftig im Rahmen des 7. EU-FRP besser in die Lage versetzt werden, sich an den Förderprogrammen zu beteiligen. Die SPD-Fraktion unterstütze auch die Forderung nach dem Aufbau eines europäischen Forschungsrates. Nicht zustimmen könne man der Position im Antrag der Fraktion der FDP zur Stammzellenforschung sowie der Forderung nach einer autonomen Entscheidungsgewalt für die Wissenschaft im 7. EU-FRP. Im Interesse der besseren Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft müsse eine engere Verzahnung und thematische Abstimmung zwischen der Wirtschaft und Wissenschaft erfolgen.

Für die **CDU/CSU-Fraktion** stellt sich als Kernproblem beim 7. EU-FRP inzwischen die Finanzierung dar. Die Position der CDU/CSU-Fraktion hierzu sei in ihrem bereits beratenden Antrag auf Bundestagsdrucksache 15/3807 enthalten. Der Antrag der FDP-Fraktion habe viele der Forderungen aus der Wissenschaft und von kleinen und mittleren Unternehmen übernommen. Jetzt gehe es darum, dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzausstattung des 7. EU-FRP doch noch in einer angemessenen Höhe und ohne die im Raum stehende Kürzung von 39 Prozent erfolge. Auch wenn dem Antrag der Fraktion der FDP im Allgemeinen zugestimmt werden könne, müsse die CDU/CSU-Fraktion ihn dennoch wegen der Aussagen zur Stammzellenforschung, die in der CDU/CSU-Fraktion so nicht mehrheitsfähig seien, ablehnen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird betont, dass man sich in den Zielen einig sei, den 7. EU-FRP unbürokratisch und effektiv zu gestalten. Aber die Inhalte des Antrags zur Atomenergie wie zur Stammzellenforschung verhinderten eine Zustimmung.

Die **Fraktion der FDP** bedauert, dass es trotz der zum Ausdruck gebrachten Einigkeit im Kern bei nur wenigen Abweichungen zu der Stammzellenforschung nicht zu einer Zustimmung der anderen Fraktionen komme.

Berlin, den 15. Juni 2005

Andrea Wicklein	**Helge Braun**
Berichterstatterin	Berichterstatter
Hans-Josef Fell	**Hellmut Königshaus**
Berichterstatter	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333